



LAND

OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Perg
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

Klam



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im April 2010

Die Bezirkshauptmannschaft Perg hat in der Zeit von 05. November 2009 bis 23. Februar 2010 (insgesamt 20 Prüfungstage) durch eine Prüferin gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Klam vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2006 bis 2008 und der Voranschlag für das Jahr 2009 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Gemeinde und beinhaltet Feststellungen in Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Perg dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Gemeinde umzusetzen.

*Ist kein bestimmter Zeitpunkt angegeben, so ist die Umsetzung bis **spätestens 01. Jänner 2011** zu vollziehen.*

Inhaltsverzeichnis

<i>Kurzfassung</i>	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal	6
Öffentliche Einrichtungen	7
Weitere wesentliche Feststellungen	7
Hundeabgabe	8
Vermietungen	8
Außerordentlicher Haushalt	8
<i>Detailbericht</i>	9
<i>Die Gemeinde</i>	9
Wirtschaftliche Situation	10
Haushaltsentwicklung	10
Mittelfristiger Finanzplan	11
Finanzausstattung	12
Umlagen	13
Fremdfinanzierungen	14
Darlehen	14
Kassenkredit	15
Leasing	15
Haftungen	16
Rücklagen	16
Personal	17
Allgemeine Verwaltung	18
Bauhof	18
Kindergarten	18
Schulen	19
Öffentliche Einrichtungen	20
Wasserversorgung	20
Abwasserbeseitigung	22
Abfallbeseitigung	24
Kindergarten	26
Reithalle	27
Friedhofsverwaltung	27
Ausgliederte Unternehmungen	28
KG	28
Gemeindevertretung	28

Prüfungsausschuss	28
Gemeindevorstand	28
Sitzungsgelder	28
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	29
<i>Weitere wesentliche Feststellungen</i>	<i>29</i>
Feuerwehrwesen	30
Förderungen und freiwillige Ausgaben	30
Hundeabgabe	31
<i>Außerordentlicher Haushalt</i>	<i>31</i>
Sanierung des Gemeindeamtshauses	32
Feuerwehrhaussanierung	32
Straßenbau Neu	32
Querungshilfe Aschaumühle	32
Wasserbauvorhaben	32
Vorhaben der Abwasserbeseitigung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
<i>Schlussbemerkung</i>	<i>Fehler! Textmarke nicht definiert.</i>

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Die Marktgemeinde Klam kann seit dem Haushaltsjahr 2001 den ordentlichen Haushalt nicht mehr ausgleichen und ist daher auf Bedarfszuweisungsmittel angewiesen.

Das Haushaltsvolumen stieg vom Jahr 2006 (2.887.651 Euro) auf das Jahr 2007 (3.063.153 Euro) um rd. 6,1 % und fiel von 2007 auf 2008 um 0,2 % auf 3.055.419 Euro.

Für das Finanzjahr 2009 ergibt sich für die Marktgemeinde aufgrund des vorliegenden Nachtragsvoranschlages eine Erhöhung der Einnahmen um 38.900 Euro (rd. 2,7 %) und der Ausgaben um 97.600 Euro (rd. 6,7 %), wodurch sich ein Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von 104.100 Euro ergibt.

Die Belastungen der Marktgemeinde ergeben sich im Wesentlichen aus von ihr nicht zu beeinflussenden Pflichtausgabensteigerungen und aus den Zuschussbeiträgen bei der Abwasserbeseitigung und beim Kindergarten.

Die im Mittelfristigen Finanzplan (MFP) ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2009 bis 2012 jeweils negative Werte von - 42.700 Euro bis - 70.100 Euro auf. Dies bedeutet, dass der Marktgemeinde künftig selbst keine eigenen finanziellen Mittel für Investitionen bzw. für Zuführungen zur Verfügung stehen.

Das geplante Investitionsvolumen beträgt 1.283.100 Euro.

Die Marktgemeinde liegt bezüglich Steuerkraft im Bezirksvergleich an 9. Stelle. Dieser gute Platz ist durch die Steuereinnahmen der Klam-Konzerte begründet. 15 % der Steuerkraft können aus gemeindeeigenen Abgaben erwirtschaftet werden. Die Lustbarkeitsabgabe entwickelt sich aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten eines Veranstalters als rückläufig. Die Abgabenertragsanteile bilden mit rd. 75 % der Steuerkraft bzw. 37 % der ordentlichen Einnahmen im Jahr 2008 den Hauptteil der Einnahmen.

Die Umlagen betragen 2006 rd. 38,3 % und fielen 2008 auf rd. 37,9 % der Steuerkraft. Für das Jahr 2009 ist eine Steigerung auf 40,3 % der Steuerkraft prognostiziert.

Der Gesamtschuldenstand betrug zum Ende des Haushaltsjahres 2008 rd. 4.545.900 Euro. Bei der Aufnahme von Darlehen und Krediten sind die Zinssätze verbesserungswürdig. Die prognostizierten Überschüsse für die Jahre 2010 bis 2012 sind zur Darlehenstilgung heranzuziehen.

Der Kassenkredit hat im Jahr 2008 die zulässige Höchstgrenze mehrmals überschritten. Die Marktgemeinde hat sich um marktkonforme Konditionen beim Kassenkredit zu bemühen. Der Kassenkredit ist nur für Ausgaben des ordentlichen Haushaltes zu verwenden.

Personal

Für eine Gemeinde der Größenordnung von Klam sieht die Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 max. 3 Personaleinheiten vor und diese Anzahl wird in der Hauptverwaltung um 0,5 PE unterschritten.

Mit den vorhandenen Dienstposten in den Bereichen Verwaltung, Kindergarten und Reinigung kann das Auslangen gefunden werden. Im Bereich des Bauhofes wird empfohlen, den Dienstpostenplan auf die erforderlichen PE abzustellen und dementsprechend zu reduzieren.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung

Der Betrieb der Wasserversorgung verzeichnet bis auf das Jahr 2008 jeweils negative Ergebnisse. Der Grund liegt in dem im Jahr 2007 höheren Annuitätendienst bzw. den im Jahr 2008 höheren Annuitätenzuschüssen.

Die in der Wassergebührenordnung der Marktgemeinde festgelegte Benützungsgebühr wurden in den vergangenen Jahren jeweils im Einklang mit den vom Land Oberösterreich für Abgangsgemeinden vorgegebenen Sätzen vorgeschrieben.

Die Anschlussgebühr entspricht derzeit nicht der vom Land OÖ vorgegebenen Mindestanschlussgebühr. Die Wassergebührenordnung ist dahingehend zu ändern, dass für alle Bauten das Verhältnis von Quadratmetergebühr und Mindestanschlussgebühr 150 ergibt.

Abwasserbeseitigung

Die Abwasserbeseitigung konnte im eingesehenen Zeitraum bis auf das Jahr 2007 positive Ergebnisse liefern. Der Abgang 2007 ist durch eine höhere Annuitätenbelastung begründet.

Die Mindestanschlussgebühr und die Benützungsgebühr stehen im Einklang mit den Vorgaben. Die Vorschreibung einer Bereitstellungsgebühr ist in die Verordnung aufzunehmen.

Abfallbeseitigung

Die Abfallbeseitigung konnte bis auf das Jahr 2006 betriebliche Überschüsse erwirtschaften. Die Abfallgebührenordnung ist an die Bestimmungen des Oö. Abfallwirtschaftsgesetzes 2009 anzupassen. Es ist auf eine jährliche Kostendeckung zu achten.

Kindergarten

Im Jahr 2008 betrug der Abgang des zweigruppig geführten Gemeindecindegartens 37.900 Euro. Bei durchschnittlich 27 Kindern subventionierte daher die Marktgemeinde jedes Kind mit einem Betrag von rd. 1.400 Euro. Für den Kindergartentransport entstanden der Marktgemeinde im Jahr 2008 aufgrund einer Nachverrechnung keine Belastungen. Für die Transportbegleitung wird ein Kostenbeitrag von 8 Euro eingehoben.

Reithalle

Der Betrieb der Reithalle zeigt ab dem Finanzjahr 2004 in den Rechnungsabschlüssen jeweils positive Ergebnisse. Durchschnittlich betrug der Überschuss im Beobachtungszeitraum rd. 2.200 Euro jährlich.

Auch für das Jahr 2009 wird wieder mit einem positiven Abschluss gerechnet.

Weitere wesentliche Feststellungen

Steuer- und Gebührenrückstände

Lt. Rechnungsabschluss 2008 waren an Steuern und Gebühren Rückstände in Höhe von 44.383,16 Euro aushaftend.

Der Großteil an Steuerrückständen betrifft die Lustbarkeitsabgabe. Der Veranstalter der Klam-Konzerte ist mit 33.555,94 Euro bei der Marktgemeinde im Rückstand.

Für das Jahr 2009 ist die Forderung über die Lustbarkeitsabgabe für die Klam-Konzerte wieder mit einem Betrag von 22.751,89 Euro offen.

Der Marktgemeinde wird daher empfohlen, bei zukünftigen Veranstaltungen vom Abgabepflichtigen eine Sicherheitsleistung gem. § 222 Bundesabgabenordnung 1961 einzuheben.

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es eine freiwillige Feuerwehr. Die Ausgaben pro Einwohner beliefen sich im Jahre 2008 auf 15,70 Euro. Im Voranschlag 2009 steigen die Ausgaben auf 16,10 Euro/Einwohner. Der Bezirksdurchschnitt von rd. 12 Euro ist anzustreben.

Hundeabgabe

Der Hebesatz für die Hundeabgabe für Wachhunde wurde mit 1,45 Euro festgesetzt. Es wird angeregt, die Hundeabgabe für Wachhunde auf mindestens 10 Euro zu erhöhen.

Vermietungen

Derzeit bestehen vier Mietverhältnisse für Wohnungen bzw. Garconnieren im Amtsgebäude und in der Volksschule. Sämtliche Mietverträge sind wertgesichert abgeschlossen. Künftig ist ein Verwaltungskostenbeitrag einzuheben.

Außerordentlicher Haushalt

Im außerordentlichen Haushalt (aoH) sind 13 Vorhaben ausgewiesen. Der aoH zeigt zum Ende 2008 im Rechnungsabschluss 2008 einen Abgang in Höhe von rd. 86.600 Euro.

Bei fünf Vorhaben scheinen Abgänge von insgesamt 154.240 Euro auf.

Außerordentliche Vorhaben dürfen erst dann begonnen oder erweitert werden, wenn die finanziellen Mittel gesichert sind und unmittelbar zur Verfügung stehen.

Die Bedeckung der Abgänge ist teilweise durch die in den Finanzierungsplänen vorgesehenen Bedeckungsmittel sicher gestellt. Beim den Vorhaben "Strassenbau-Neu" und "Que-rungshilfe Aschamühle" sind die Bedeckungen derzeit ungewiss.

Lt. Proberechnungsabschluss 2009 wird sich der Abgang im aoH auf 359.435,92 Euro erhöhen. Ursachen dafür sind die massiven Kostenüberschreitungen bei den einzelnen Vorhaben bzw. sind einzelne Projekte noch nicht ausfinanziert. Bei den Kanalbauvorhaben sind die vorgesehenen Eigenmittel zum Teil ausständig.

Kritisch wird vermerkt, dass teilweise keine Finanzierungspläne vorgelegt werden konnten.

Detailbericht

Die Gemeinde

Die Marktgemeinde Klam liegt rd. 7 km nordwestlich von Grein an der Donau. Sie erstreckt sich auf einer Fläche von 8,36 km² zwischen Seehöhen von 280 m (Hauptort) bis rd. 550 m.

Bei der Volkszählung 2001 wurden in der Marktgemeinde Klam 789 Hauptwohnsitze gezählt. Mit Stichtag 05.06.2009 (Gemeinderatswahl) waren in der Marktgemeinde Klam 903 Einwohner mit Hauptwohnsitz gemeldet (mit Nebenwohnsitze 956 Einwohner).

Das Straßennetz umfasst rd. 17,4 km. Davon sind rd. 4,3 km Güterwege. 5,9 km sind Landesstraßen.

Die Marktgemeinde Klam ist eine Wohngemeinde mit ausgeprägter landwirtschaftlicher Struktur. Nach der Hochwasserkatastrophe 2002 wurde für Aussiedler aus dem Machland eine Fläche in hochwassersicherer Lage in der Ortschaft Achatzberg als Wohnbauland gewidmet und mit der notwendigen Infrastruktur (Wasser, Kanal, Straße) aufgeschlossen. Der Fremdenverkehr ist durch den Tagesausflugsverkehr zur Burg Clam, die Klamschlucht, den Reittourismus und die Konzertveranstaltungen auf der Burg Clam geprägt.

In der Marktgemeinde Klam befinden sich ein metallverarbeitender Betrieb mit derzeit ca. 25 Beschäftigten und einige weitere kleine Betriebe mit max. 3 Beschäftigten (zB Filiale der Raiffeisenkasse Grein, ein Lebensmittelgeschäft, 3 Gasthäuser, Binderei, E-Werk und die Forstverwaltung Clam).

Folgende bedeutende Projekte wurden in den letzten Jahren verwirklicht:

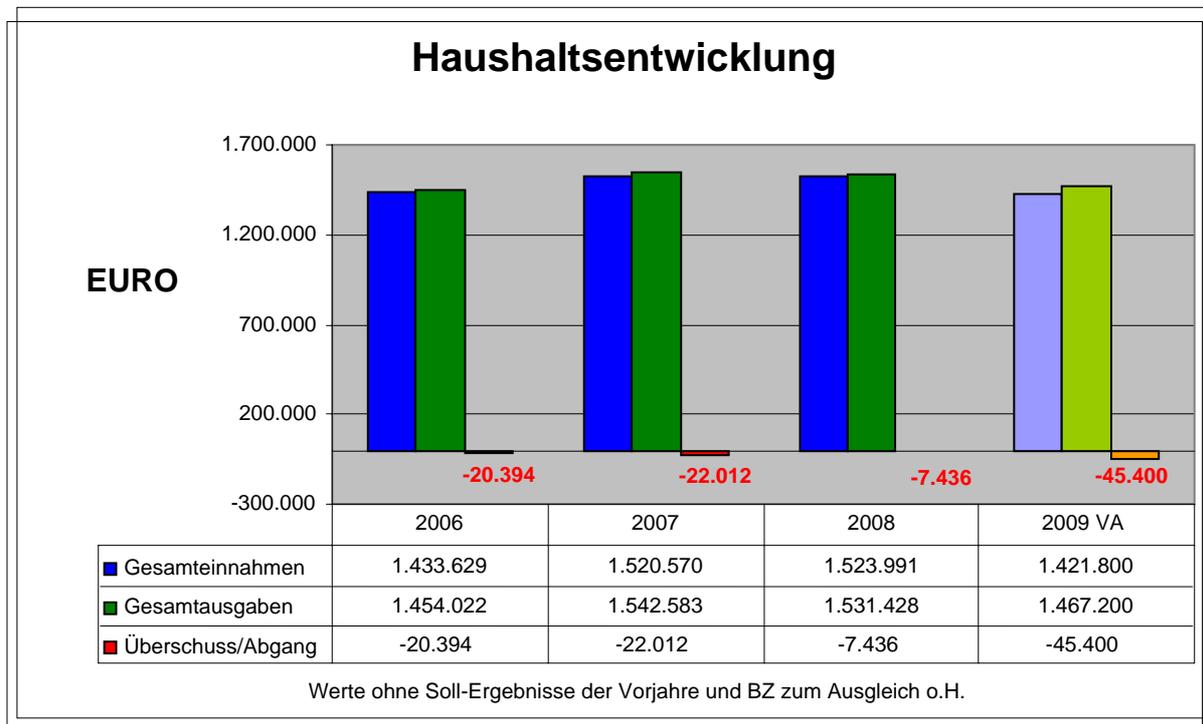
- Kanalbau
- Wasserversorgung
- Straßenbau: hauptsächlich Generalsanierungen der nach den Kanal- und Wasserleitungsgrabungen beschädigten Gemeindestraßen
- Sanierung des Friedhofes

In folgende Projekte wird in den kommenden Jahren investiert:

- Gemeindestraßenbauprogramm 2009 bis 2012 im geringen Umfang (60.000 Euro pro Jahr)
- Sanierung Feuerwehrhaus (645.700 Euro)
- Sanierung des Marktbrunnens (10.000 Euro)
- Querungshilfe Aschaumühle (20.000 Euro)
- Ankauf eines Kommunaltraktors (70.000 Euro)
- Hochwasserschutzprojekt Klam (10.000 Euro)
- Sanierung des Gemeindeamtshauses (168.800 Euro)
- Wasserversorgung (20.000 Euro)
- Abwasserentsorgung (90.000 Euro)

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die Marktgemeinde weist seit dem Jahre 2001 Abgänge im ordentlichen Haushalt auf und ist daher als Dauerabgangsgemeinde zu bezeichnen.

Die Graphik zeigt die Entwicklung des ordentlichen Haushaltes ohne die Vorjahresergebnisse bzw. ohne gewährte Bedarfszuweisung zum Haushaltsausgleich.

Die laufenden Haushaltsergebnisse der vergangenen drei Jahre bewegten sich bei den jährlichen Gesamteinnahmen um durchschnittlich rd. 1.492.730 Euro und bei den Gesamtausgaben um rd. 1.509.350 Euro.

Der durchschnittliche Abgang des gesamten Prüfungszeitraumes beläuft sich daher jährlich auf 16.615 Euro.

Das Budgetvolumen stieg vom Jahr 2006 (2.887.651 Euro) auf das Jahr 2007 (3.063.153 Euro) um rd. 6,1 % und fiel von 2007 auf 2008 um 0,2 % auf 3.055.419 Euro.

Die Budgeterhöhung im Jahr 2007 ist auf eine Rückführung vom außerordentlichen Haushalt in Höhe von 112.250 Euro zurückzuführen. Dieser Betrag wurde zur Gänze für eine Darlehenstilgung bei der Abwasserentsorgung herangezogen.

Für das Finanzjahr 2009 ergibt sich für die Marktgemeinde aufgrund des vorliegenden Nachtragsvoranschlages 2009 eine Erhöhung der Einnahmen um 38.900 Euro (rd. 2,7 %) und der Ausgaben um 97.600 Euro (rd. 6,7 %), wodurch sich ein Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von 104.100 Euro ergibt. Lt. Voranschlag 2010 wird sich der Abgang auf 123.500 Euro erhöhen.

Die Situation des ordentlichen Haushaltes wird sich aufgrund der steigenden Pflichtausgaben weiterhin verschlechtern.

Die Marktgemeinde hat die Bemühungen zur Verbesserung der Finanzsituation in Zukunft zu verstärken.

Mittelfristiger Finanzplan

Die im Mittelfristigen Finanzplan (MFP) ausgewiesene freie Budgetspitze zeigt für die Planjahre 2009 bis 2012 jeweils negative Werte von - 42.700 Euro bis - 70.100 Euro auf.

Die Einnahmen der laufenden Gebarung sinken in diesem Zeitraum voraussichtlich von rd. 1.418.000 Euro im Jahr 2009 auf rd. 1.394.600 Euro. Die Ausgaben der laufenden Gebarung werden lt. MFP von rd. 1.356.200 Euro im Jahr 2009 auf rd. 1.353.200 Euro im Jahr 2012 sinken. Dies bedeutet, dass der Marktgemeinde künftig selbst keine eigenen finanziellen Mittel für Investitionen bzw. für Zuführungen zur Verfügung stehen.

Es wird daher für geplante Bauten und größere Investitionen für eine 100 %ige Bedeckung der Kosten durch andere Stellen zu sorgen sein.

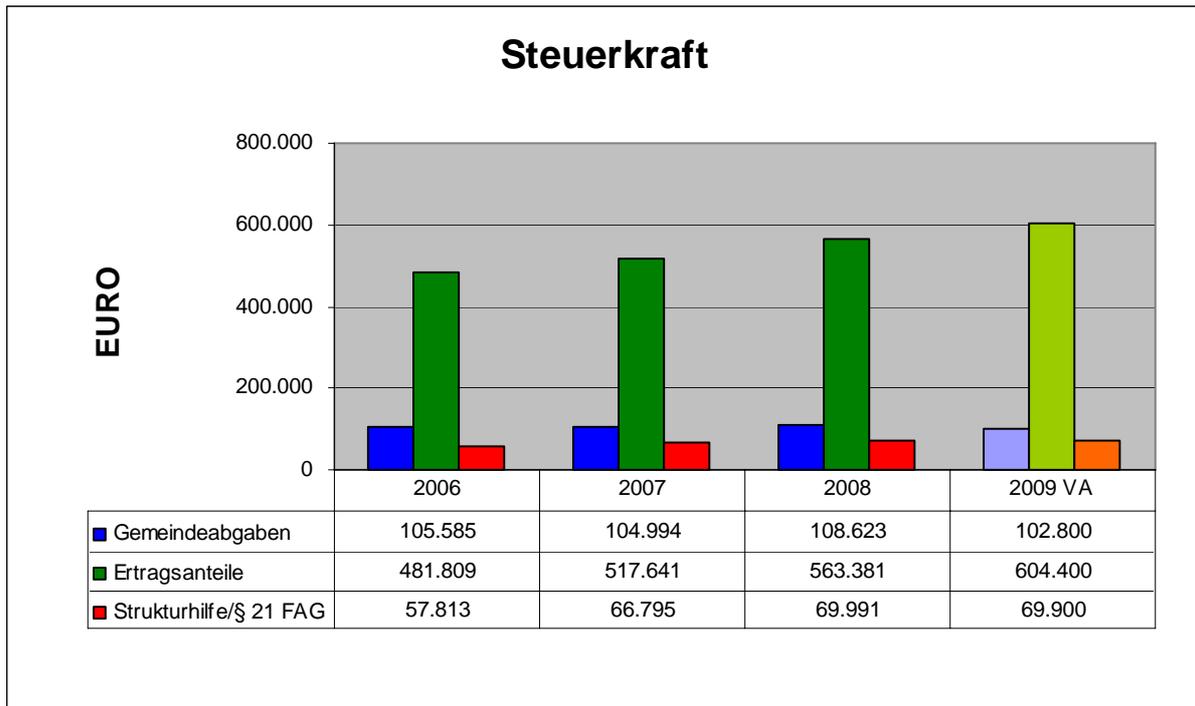
Das Gesamtinvestitionsvolumen bis zum Jahr 2012 beträgt rd. 1.283.100 Euro.

Zur Finanzierung der Vorhaben ist die Marktgemeinde hauptsächlich auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen und Landeszuschüssen (in Summe lt. Plan 2009 bis 2012 ca. 438.800 Euro) angewiesen. Die Ausgaben werden bei den Kanalbauvorhaben durch eine Darlehensaufnahme (62.500 Euro) und Zuführungen an Interessentenbeiträgen vom ordentlichen Haushalt (ca. 26.800 Euro) finanziert werden. Bei den Vorhaben Sanierung des Marktbrunnens, Querungshilfe Aschaumühle und Hochwasserschutzprojekt Klam fehlt für 40.000 Euro die Bedeckung.

Für die Umsetzung der Projekte hat die Marktgemeinde rechtzeitig für eine gesicherte Finanzierung vorzusorgen.

Dem mittelfristigen Finanzplan sollte künftig mehr Aufmerksamkeit entgegen gebracht werden und die Vorhabensplanung ist wie bisher auf die Leistungsfähigkeit des Haushalts bzw. auf eine gesicherte Finanzierung abzustimmen. Zur Verbesserung der allgemeinen Finanzlage bzw. der freien Budgetspitze sind die direkt von der Marktgemeinde beeinflussbaren Einnahmen (Gebühreneinnahmen bei den öffentlichen Einrichtungen) und Ausgaben (Zinsbelastungen, die Subventionen bzw. sonstige Förderungen und die Personalausgaben) zu hinterfragen.

Finanzausstattung



Die Steuerkraft¹ betrug im Jahr 2006 rd. 645.200 Euro und konnte bis 2008 eine Steigerung von 15 % (d.s. 96.800 Euro) auf rd. 742.000 Euro verzeichnen. Für das Jahr 2009 wurde eine weitere Erhöhung der Steuerkraft auf rd. 777.000 Euro prognostiziert. Dieser Wert wird sich lt. Proberechnungsabschluss 2009 trotz des Rückgangs der Ertragsanteile erhöhen, da die Strukturhilfe zu niedrig veranschlagt wurde. Im Bezirksvergleich liegt die Marktgemeinde an 9. Stelle. Diese gute Platzierung ist allein auf die Einnahmen der Lustbarkeitsabgabe aus den Klam-Konzerten zurückzuführen.

Die Abgabenertragsanteile, welche den Hauptteil der Einnahmen bei der Steuerkraft ausmachen, waren im Prüfungszeitraum ständig steigend. Der Zuwachs von 2006 (481.800 Euro) auf 2008 (563.400 Euro) betrug rd. 81.700 Euro bzw. 17 %. Rd. 75 % der Steuerkraft bzw. 37 % der ordentlichen Einnahmen im Jahr 2008 fallen auf die gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

Im Zeitraum von 2006 bis 2008 erhielt die Marktgemeinde unter dem Titel "Finanzzuweisungen gem. § 21 FAG" und Strukturhilfemittel Mehrerträge von insgesamt rd. 194.600 Euro.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben ohne Aufschließungsbeiträge nach dem Oö. ROG 1994 stiegen im Prüfungszeitraum von 2006 bis 2008 um rd. 3.000 Euro (d.s. 3 %).

Aufgrund der vorsichtig veranschlagten Lustbarkeitsabgabe (siehe auch: "Weitere wesentliche Feststellung – Lustbarkeitsabgabe") verringern sich diese Einnahmen lt. Voranschlag 2009 um rd. 6.000 Euro.

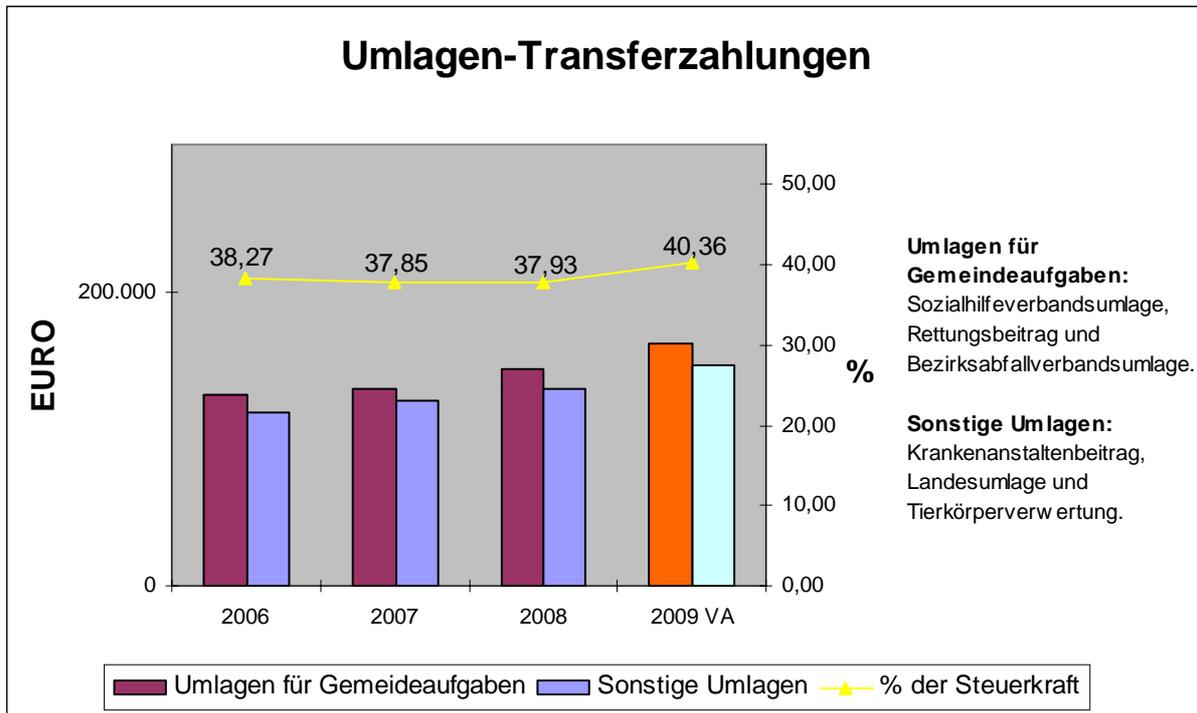
Die Grundsteuer B mit rd. 21,8 %, die Kommunalsteuer mit rd. 33,4 % und die Lustbarkeitsabgabe mit rd. 33,6 % sind seit Jahren die ertragreichsten Steuern und decken im Finanzjahr 2008 rd. 89 % des gemeindeeigenen Steueraufkommens ab.

Die gemeindeeigenen Steuern und Abgaben betragen im Jahr 2008 rd. 15 % der Steuerkraft.

¹ Finanzkraft: Unterabschnitt 920 (Gemeindeabgaben) und 925 (Ertragsanteile)

Steuerkraft: Finanzkraft minus Aufschließungsbeiträge zuzüglich Finanzzuweisungen und Ertragsanteile

Umlagen



Die von der Marktgemeinde zu leistenden Zahlungen in Form von Umlagen und Transferzahlungen betragen im Jahr 2008 insgesamt rd. 281.400 Euro bzw. rd. 18,4 % der Ausgaben des ordentlichen Haushalts.

Zur Bestreitung dieser Ausgaben waren jährlich durchschnittlich 38,02 % aus der Steuerkraft (Gemeindeabgaben, Bundesabgaben-Ertragsanteile, Finanzaufweisungen) gebunden.

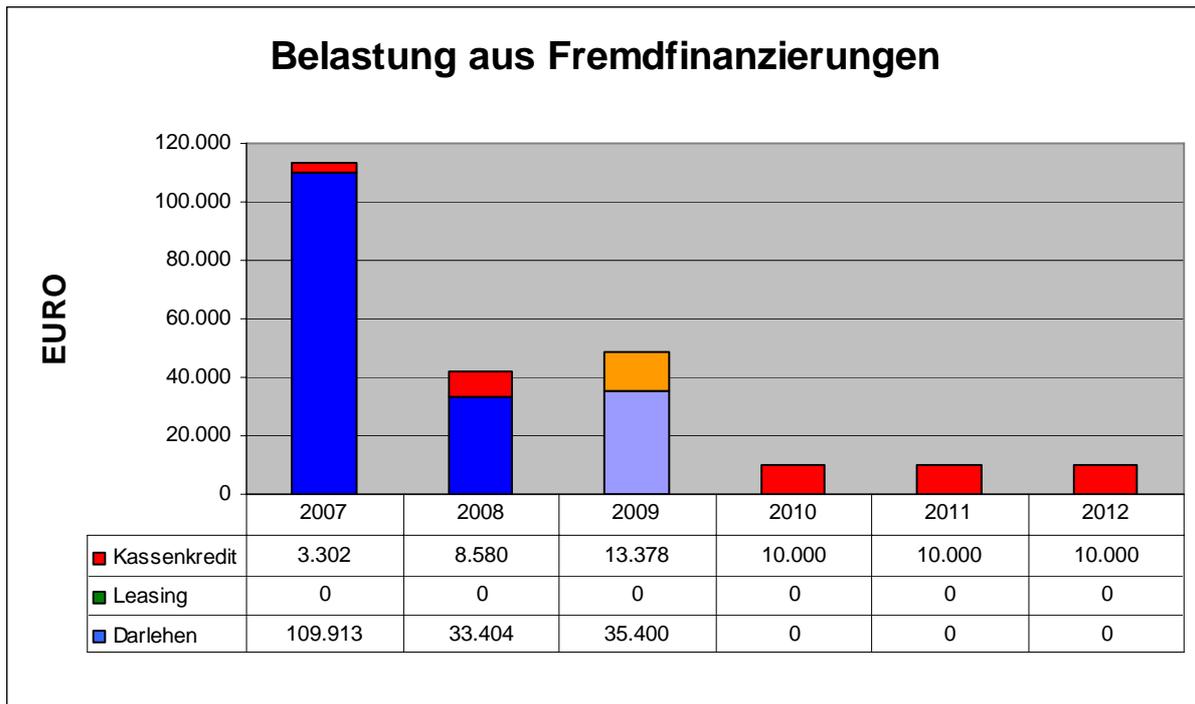
Die gemeindeeigenen Umlagen wie Sozialhilfeverbandsumlage, Rettungsbeitrag und Bezirksabfallverbandsumlage haben im Beobachtungszeitraum von 2006 bis 2008 eine Erhöhung von insgesamt rd. 17.400 Euro (= 13,5 %) erfahren. Dieser Anstieg ist vor allem auf die Anhebung der SHV-Umlage (+ rd. 16.600 Euro) zurückzuführen.

Die sonstigen Umlagen (Krankenanstaltenbeitrag, Landesumlage und Beitrag Tierkörperverwertung) sind um rd. 17.100 Euro (= 14,6 %) gestiegen. Auffällig ist die Erhöhung des Krankenanstaltenbeitrages (rd. 15.800 Euro).

Die Zahlen der Rechnungsabschlüsse des Prüfungszeitraumes weisen eine Steigerung bei den Einnahmen aus gemeindeeigenen Steuern und Ertragsanteilen um insgesamt 15 % aus. Die von der Marktgemeinde zu leistenden Umlagen erfuhren einen Anstieg von 14 %.

Im Finanzjahr 2009 ist laut dem Voranschlag 2009 ein Anstieg der Umlagenbelastung – im Vergleich zum Vorjahr – um rd. 15.100 Euro auf rd. 149.400 Euro zu erwarten, wodurch voraussichtlich 40,36 % der Steuerkraft gebunden sein werden (SHV-Umlage + 17.000 Euro Krankenanstaltenbeitrag + 10.000 Euro).

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Im Jahr 2008 belasteten Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von rd. 33.400 Euro den ordentlichen Haushalt. Gemessen an den Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes mussten rd. 17,8 % davon für die Tilgung und die Zinsen der bestehenden Darlehen aufgewendet werden.

Der Gesamtschuldenstand betrug zum Ende des Haushaltsjahres 2008 (inklusive der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen von rd. 670.400 Euro) 4.545.900 Euro. Alle Schulden stehen ausschließlich im Zusammenhang mit dem Wasser- und Kanalbau.

Die hohen Annuitätenzuschüsse ab dem Jahr 2010 für die Wasserversorgungsanlage und die Abwasserentsorgungsanlage werden zu Überschüssen gegenüber dem tatsächlichen Schuldendienst führen. Somit verbleibt, wie in der Grafik ersichtlich, praktisch kein Netto-Schuldendienst. Rechnet man mit der momentanen Zinssituation die Zuschüsse hoch, so verbleibt der Marktgemeinde ab 2010 durchschnittlich 48.000 Euro an Überschüssen aus den Annuitätenzuschüssen.

Die tatsächlichen Überschüsse aus den Annuitätenzuschüssen sind für die Darlehenstilgung zu verwenden.

Im Jahr 2008 lag die Marktgemeinde mit einer Verschuldung von rd. 5.750 Euro pro Kopf auf Rang 1 im Bezirk Perg. Dieser Bezirksspitzenwert ist zur Gänze bedingt durch bezuschusste Darlehen für die WVA und ABA.

Die letzte Darlehensaufnahme (100.000 Euro für die Straßenbau Zwischenfinanzierung mit einer Laufzeit von fünf Jahren) wurde im August 2009 von der Aufsichtsbehörde genehmigt und im September getätigt. Die Darlehensvergabe erfolgte unter Einholung von drei Vergleichsangeboten und der Bestbieter erhielt den Zuschlag. Als Zinssatz wurde eine Anpassung entsprechend 3-Monats-Euribor mit einem Aufschlag von 0,85 Prozentpunkten vereinbart. Diese Zinsvereinbarung ist nicht marktkonform.

Um bei der Aufnahme von Darlehen und Krediten die bestmöglichen Konditionen zu erhalten, ist die Marktgemeinde aufgefordert, auch überregionale Ausschreibungen zu tätigen. Für die Ausschreibung wichtiger Finanzierungsparameter wird auf das Schreiben der IKD vom 28. Oktober 2003, Gem-400001/114-2003-Pö hingewiesen.

Die Darlehensvergabe dient zur Bedeckung des in den Jahren 2002 bis 2008 entstandenen Abganges bei verschiedenen Straßenbauvorhaben im außerordentlichen Haushalt. Die Abdeckung dieser Zwischenfinanzierung hat teilweise durch die für die Jahre 2009 und 2010 in Aussicht gestellten Bedarfszuweisungsmittel zu erfolgen.

Für die Bedeckung des verbleibenden Darlehens hat sich die Gemeinde um weitere Fördermittel zu bemühen.

Das Darlehen, welches für die Finanzierung der 3. Kindergartengruppe herangezogen werden soll, liegt derzeit der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vor und soll 2010 aufgenommen werden.

Kassenkredit

An Kassenkreditzinsen sind im Finanzjahr 2008 8.579,76 Euro verbucht. Mit Ende des Finanzjahres 2008 war ein Kassenkredit in Höhe von 157.041,48 Euro aushaftend, der größtenteils dem außerordentlichen Haushalt anzulasten ist (IST-Abgang im aoH: 96.600 Euro). Die zulässige Sechstelgrenze (lt. VA 2008: 213.500 Euro) wurde mehrmals überschritten (Höchststand im August 2008: 302.188 Euro). Eine Überschreitung des mit einem Sechstel der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlags begrenzten Kassenkredites ist nicht zulässig. Da der ordentliche Haushalt nicht ausgeglichen ist, darf der Kassenkredit für die Bestreitung von außerordentlichen Ausgaben nicht verwendet werden.

Die Zinsen erhöhten sich gegenüber dem Jahr 2007 um 5.277,80 Euro bzw. um mehr als das 2,5-fache.

Der Kassenkredit wurde für das Finanzjahr 2008 ordnungsgemäß ausgeschrieben und auch an den Bestbieter vergeben. Der Zinssatz betrug für das Jahr 2008 fix 4,875 %. Auch für das Jahr 2009 erhielt die ortsansässige Bank als Bestbieter den Zuschlag (Zinssatz: 4 % fix). Mit einem fixen Zinssatz von 1,625 % wurde der Kassenkreditvertrag für 2010 mit dem Bestbieter abgeschlossen.

Bei der Aufnahme von Darlehen und Krediten hat die Marktgemeinde besonders darauf zu achten, die bestmöglichen Konditionen zu erhalten. Bei der Entscheidung zwischen variablen oder fixen Zinssätzen ist insbesondere die Zinserwartung zu berücksichtigen.

Kassenkredite dürfen zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des außerordentlichen Gemeindevoranschlags nur herangezogen werden, wenn der ordentliche Gemeindevoranschlag ausgeglichen ist, die Einnahme, deren Vorfinanzierung der Kassenkredit herangezogen wird, im selben Jahr gesichert ist und die Rückzahlung des Kassenkredits binnen Jahresfrist dadurch nicht gefährdet ist.

Leasing

Leasingverpflichtungen wurden von der Marktgemeinde nicht eingegangen.

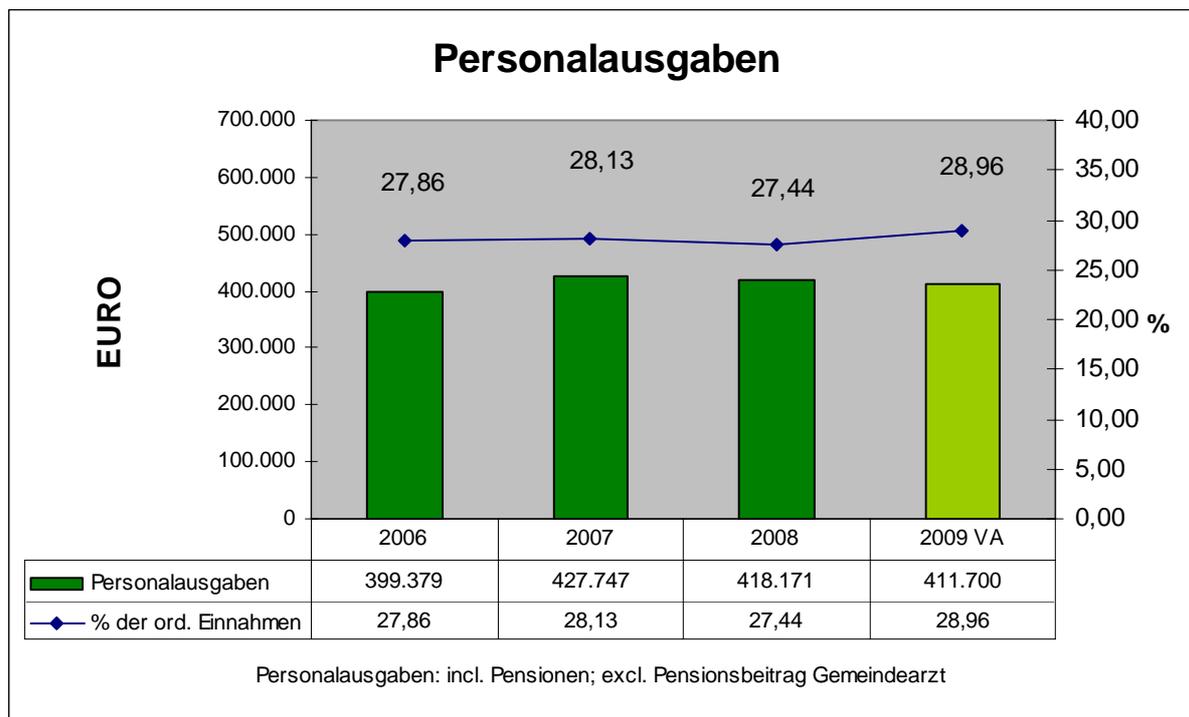
Haftungen

An Haftungen scheinen im Rechnungsabschluss 2008 insgesamt 119.214,58 Euro auf, die auf den Regionalen Wirtschaftsverband Machland entfallen.

Rücklagen

Mit Ende des Jahres 2008 verfügt die Marktgemeinde über keinerlei Rücklagenguthaben.

Personal



Die Personalkosten der Marktgemeinde sind in den Jahren 2006 bis 2008 um rd. 18.000 auf rd. 418.200 Euro, d.s. 4,7 %, angestiegen. Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushaltes betrug der Personalaufwand in den letzten 3 Jahren durchschnittlich 27,8 %. Die Erhöhung der Kosten im Jahr 2007 sind auf eine Abfertigungszahlung der Schulwartin der Volksschule zurückzuführen. Lt. Proberechnungsabschluss 2009 wird sich der Personalaufwand um rd. 10.000 Euro erhöhen, da im Zuge des Gratiskindergartens eine weitere Gruppe eingerichtet werden musste, und das notwendige Kindergartenpersonal aufgestockt wurde.

Die Marktgemeinde beschäftigt derzeit 13 Mitarbeiter bzw. 10,95 Personaleinheiten (PE), die folgendermaßen eingesetzt sind:

2008	Personen	PE
Gemeindeamt	3	2,50
Bauhofmitarbeiter + Kläranlage	3	3
Schulwart	1	1
Reinigungskräfte	1	0,75
Kindergarten	5	3,65
Gesamt	13	10,95

Ein Geschäftsverteilungsplan sowie die erforderlichen Aufgabenbeschreibungen für die Bediensteten entsprechend den Ausführungen des Erlasses der Aufsichtsbehörde wurden letztmalig im Mai 2000 angepasst und entsprechen nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten.

Der Geschäftsverteilungsplan ist in Hinblick auf die zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen sowie auf die praktische Relevanz der Tätigkeitsfelder bzw. die dazugehörigen Arbeitsplatzbeschreibungen zu überprüfen und entsprechend zu adaptieren.

Allgemeine Verwaltung

Gemäß § 3 der Oö. Gemeinde-Dienstpostenplanverordnung 2002 können für eine Gemeinde der Größenordnung (Einwohner zum Stichtag der letzten Gemeinderatswahl: 903) von Klam bis zu 3 Personaleinheiten fest gesetzt werden, die derzeit mit 2,5 PE besetzt sind. Der genehmigte Dienstpostenplan sieht für die Verwaltung 2,5 PE vor.

Es kann daher von einer sparsamen Besetzung in der Gemeindeverwaltung ausgegangen werden.

Einem Bediensteten wurden Resturlaube aus dem Jahr 2007 in das Jahr 2010 übertragen, ohne dass die nach § 72 Oö. Gemeindebedienstetengesetz 2001 vorgesehenen Verfallsbestimmungen beachtet wurden. (Nach Ablauf von zwei Jahren ab dem Ende des Urlaubsjahres, in dem er entstanden ist, verfällt die Hälfte des noch nicht verbrauchten Urlaubsanspruches, der Rest nach Ablauf von drei Jahren am Ende des Urlaubsjahres in dem er entstanden ist.)

Das Urlaubsausmaß des Bediensteten ist richtig zu stellen und künftig sind die Bediensteten zum zeitgerechten Verbrauch des Erholungsurlaubes anzuhalten.

Für die Reinigung des Amtsgebäudes, des Kindergartens und des Bauhofes ist eine Mitarbeiterin mit einem Beschäftigungsausmaß von 89 % angestellt.

Bauhof

Die im Dienstpostenplan im Bereich des Bauhofes vorgesehenen 3 Personaleinheiten sind derzeit mit 3 Personaleinheiten (II p3 ad pers. p2, II p3 und GD 19) besetzt. Davon ist ein Mitarbeiter zu 50 % als Klärwärter der gemeindeeigenen Kläranlage mit 1450 Einwohnergleichwerte tätig.

Die Beschäftigten des Bauhofes verrichten auf rd. 22 Straßenkilometern den Winterdienst. Auf den Gemeindestraßen (rd. 17,4 km) sind sie auch für die Instandhaltung verantwortlich.

Im Jahr 2008 fiel ein Mitarbeiter aufgrund eines Krankheitsfalles bis Mitte Oktober 2008 aus. Das restliche Jahr 2008 verbrauchte er den Erholungsurlaub. Der daher von der Gemeinde im Haushaltsjahr 2008 für 2 Personaleinheiten belegte Arbeitsanfall beträgt insgesamt 3.750 Stunden, die sich wie folgt aufteilen: bei o.a. Verkehrswegen rd. 590 Stunden (inklusive Winterdienst), ABA mit Kläranlage und WVA 1.250 Stunden, Abfallabfuhr 290 Stunden, Bauhof und Fuhrpark 500 Stunden, Kindergarten und Volksschule 20 Stunden, Ortsbildpflege 500 Stunden und sonstige Arbeiten (Straßenbeleuchtung, Friedhof und Sonstiges) 600 Stunden.

Eine Nachbesetzung des aller Vorrassicht nach im November 2010 in Ruhestand tretenden Mitarbeiter, scheint fraglich. Es wird empfohlen, den Dienstpostenplan auf die erforderlichen Personaleinheiten abzustellen und dementsprechend zu reduzieren.

Kindergarten

In dem seit September 2009 dreigruppig geführten Kindergarten werden zur Betreuung von 27 Kindern fünf Personen beschäftigt. Drei Kindergärtnerinnen mit Beschäftigungsausmaßen von 91,25 %, 88,13 % bzw. 76,25 % und zwei Helferinnen mit 57,50 % und 56,25 % Beschäftigung ergeben die für die Gemeinde erforderlichen 3,694 Personaleinheiten. Dadurch wird der genehmigte Dienstpostenplan (4,363 PE) geringfügig unterschritten. Das Beschäftigungsausmaß der Kindergärtnerinnen wird kontinuierlich dem tatsächlichen Erfordernis angepasst.

Die Kindergartenpädagoginnen und Helferinnen führen Aufzeichnungen über ihre Mehrleistungen, die in Zeitausgleich bzw. Überstunden abgegolten werden. Teilweise wurden Mehrleistungen notiert, die ohnehin in die Vorbereitungszeit einer Kindergartenpädagogin oder in die normale Dienstzeit fallen.

In Hinkunft ist vom Kindergartenpersonal genau aufzulisten, wann und zu welchen Zeiten sie Mehrleistungen verrichten bzw. sind die Arbeiten detailliert aufzugliedern.

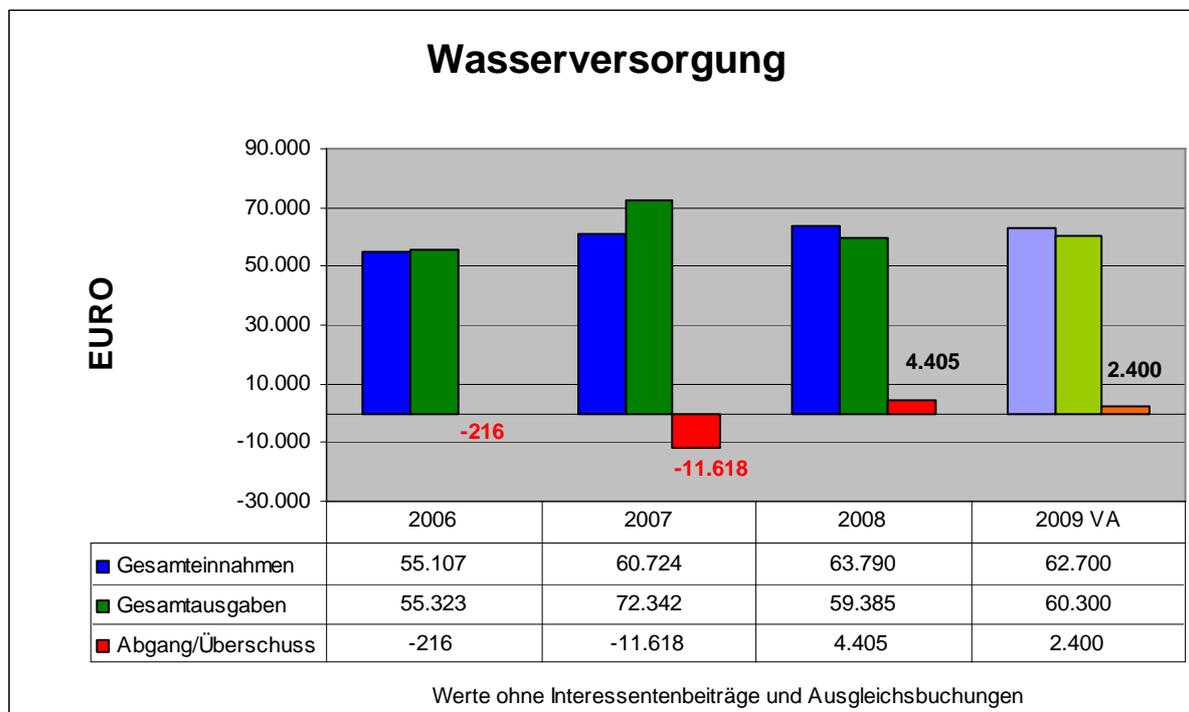
Schulen

Die Volksschule wird von einem zu 100 % beschäftigten Schulwart (GD 21) betreut. Es wurde festgestellt, dass rd. 80 % der Schulwarttätigkeit auf Reinigungsarbeiten (913 m²) fallen.

Wie bereits in anderen Gemeinden auch, ist es nicht mehr zweckmäßig für eine einzige Schule einen eigenen Schulwart zu bestellen. Die in der Schule zu erledigenden Reparaturen können von den Bauhofmitarbeitern miterledigt werden. Sicher zu stellen ist die Reinigung des Schulgebäudes.

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Der Betrieb der Wasserversorgung verzeichnet im Jahr 2006 und 2007 jeweils negative Ergebnisse. 2008 scheint ein Überschuss von 12.241 Euro auf. Der Grund liegt in dem im Jahr 2007 höheren Annuitätendienst bzw. den im Jahr 2008 höheren Annuitätenzuschüssen. Auch für das Jahr 2009 ist ein positives Ergebnis prognostiziert. Eine Verwaltungskostentanteante wird eingerechnet (2008: 1.100 Euro). Im eingesehenen Zeitraum wurden keine Investitionen getätigt.

An der Wasserversorgungsanlage der Marktgemeinde sind 738 Personen angeschlossen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von 85 %. Zwei Ortschaften mit rd. 135 Personen beziehen das Wasser aus einer privaten Wassergenossenschaft.

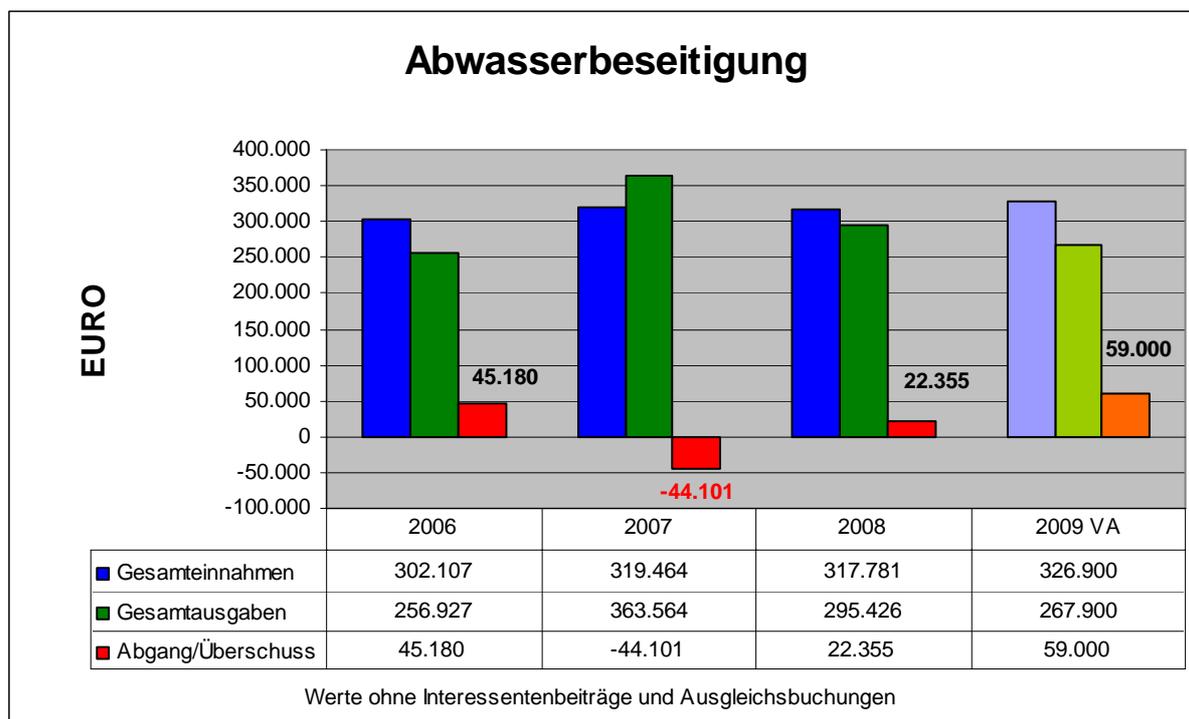
Die in der Wassergebührenordnung festgelegte "Mindestanschlussgebühr" beträgt derzeit für bebaute Grundstücke je Quadratmeter der Bemessungsgrundlage 8,53 Euro, mindestens aber 1.706 Euro. Dies entspricht somit nicht der vom Land OÖ vorgegebenen Mindestanschlussgebühr. Den Vorgaben, dass das Verhältnis von Mindestgebühr zur Quadratmetergebühr etwa 150 betragen soll, wird bei oben stehender Regelung für alle Bauten mit über 150 m² verbauter Fläche nicht entsprochen. Es wurde festgestellt, dass der Quotient 200 beträgt.

Der Marktgemeinde wird empfohlen, die Wassergebührenordnung dahingehend zu ändern, dass für alle Bauten das Verhältnis von Quadratmetergebühr und Mindestanschlussgebühr 150 ergibt.

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden Benützungsgebühren eingehoben, die den vom Land vorgegebenen Mindestgebühren für Abgangsgemeinden entsprachen. Die Messung des Verbrauchs wird mit Wasserzählern durchgeführt.

Insgesamt hat die Marktgemeinde in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Wasserversorgungsanlage Interessentenbeiträge in der Höhe von rd. 31.300 Euro eingehoben, wovon rd. 28.800 Euro für Baumaßnahmen dem außerordentlichen Haushalt zugeführt wurden.

Abwasserbeseitigung



Die Abwasserbeseitigung konnte im eingesehenen Zeitraum bis auf das Jahr 2007 positive Ergebnisse liefern. Der Abgang 2007 kann durch die höhere Annuitätenbelastung begründet werden.

In vorstehenden Ergebnissen ist eine Verwaltungskostentangente enthalten (2008: 1.100 Euro). In den Finanzjahren 2006 bis 2008 wurden keine Investitionen getätigt.

Das Ortskanalnetz wurde von der Marktgemeinde errichtet. Die Reinigung der Abwässer erfolgt in der gemeindeeigenen Kläranlage. Angeschlossen sind 789 Personen, was einem Versorgungsgrad von 90 % entspricht.

Die Mindestanschlussgebühr wird derzeit mit einem Punktwert (284,60 Euro) festgesetzt und beträgt unabhängig vom Flächenausmaß für ein eingeschossiges Wohnhaus oder eine sonstige Liegenschaft 2.846 Euro und steht somit im Einklang mit den landesgesetzlichen Vorgaben.

Eine Bereitstellungsgebühr ist in der Kanalgebührenordnung nicht vorgesehen.

Im Hinblick darauf, dass auch die Eigentümer unbebauter, jedoch an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossener Grundstücke einen Beitrag zur Erhaltung der Infrastruktur leisten sollten, schlagen wir die Einführung einer Bereitstellungsgebühr mit Beginn des Jahres 2011 vor.

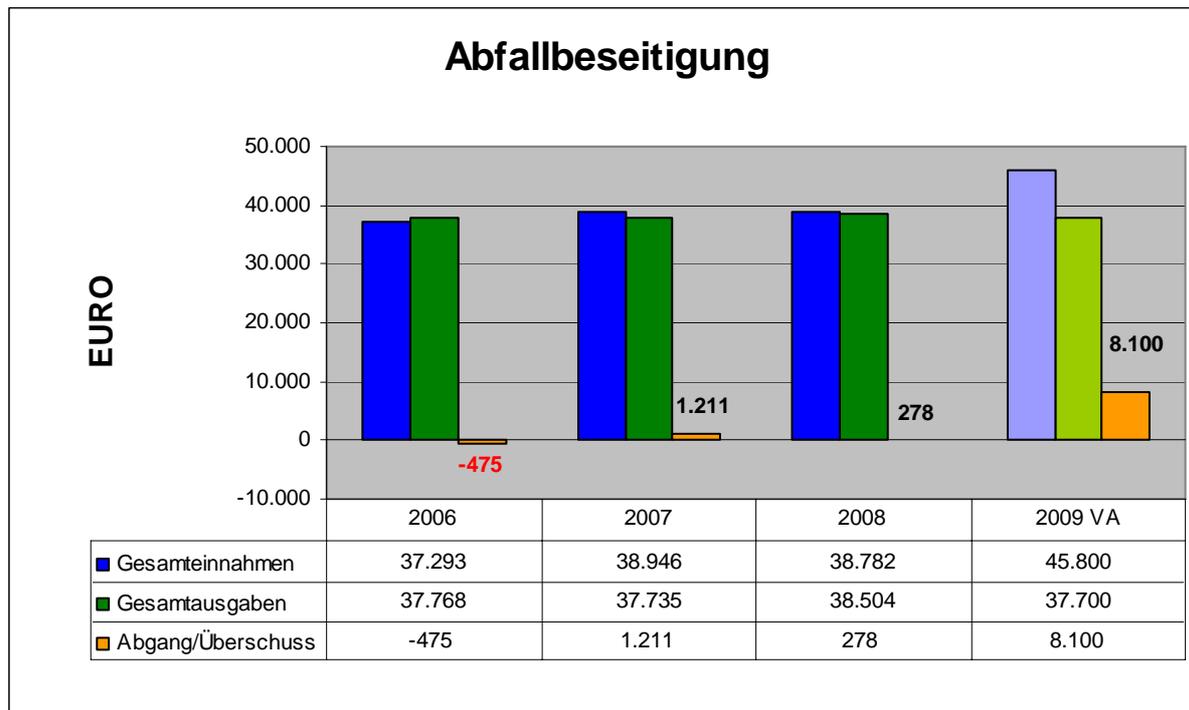
Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die vom Oö. Gemeinbund erstellte Musterverordnung. Als Richtsatz für die Höhe der Bereitstellungsgebühr gilt ein jährlicher Betrag von € 0,07 pro m².

Insgesamt hat die Marktgemeinde in den vergangenen drei Jahren im Zusammenhang mit der Abwasserbeseitigungsanlage Interessentenbeiträge in der Höhe von rd. 78.150 Euro eingehoben. Dem außerordentlichen Haushalt wurden davon 71.700 Euro zugeführt.

Werden Interessentenbeiträge für den Zweck, für den sie fällig waren, im Jahr ihrer Einhebung nicht benötigt, so sind sie einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen und dort bis zu ihrer zweckgebundenen Verwendung anzulegen.

Die Berechnung der Benützungsgebühr – der aktuell festgesetzte Wert von 3,36 Euro entspricht dem Mindesttrichsatz des Landes – erfolgt bei Messung mittels Wasserzähler nach dem Wasserverbrauch.

Abfallbeseitigung



Im Beobachtungszeitraum ist bei der Abfallbeseitigung im Finanzjahr 2006 – wie auch bereits im Jahr 2005 - ein geringer Abgang von rd. 500 Euro ausgewiesen. 2007 und 2008 konnten jeweils Überschüsse erzielt werden. Der durchschnittliche Überschuss beträgt rd. 300 Euro. Die Ausgaben pro Einwohner betragen 2008 rd. 49 Euro.

Im Jahr 2009 wird zur Verstärkung des allgemeinen Budgets ein Betrag von 8.100 Euro erwirtschaftet werden. Die beim Voranschlag 2009 merkbare gravierende Ergebnisverbesserung ist auf die Einnahme aus einem Rückersatz des Bezirksabfallverbandes Perg (BAV) begründet (Wegfall einer Rücknahmeverpflichtung des BAV).

In vorstehenden Ergebnissen ist eine Verwaltungskostentangente (2008: 1.100 Euro) enthalten.

Die Marktgemeinde hat jährlich darauf zu achten, dass kostendeckende Gebühren eingehoben werden.

Die Abwicklung der Restmüllabfuhr erfolgt durch die Bauhofmitarbeiter und einem Abfuhrwagen der AVE. Die Restmülldeponierung wird über den Bezirksabfallverband Perg (BAV) abgewickelt. Die Marktgemeinde bedient sich zur Erfüllung ihrer Kompostierungspflichten eines gewerblichen Abfuhrunternehmens aus dem Gemeindegebiet von Luftenberg.

Die Abfallgebühr beträgt je abgeführter Abfalltonne mit 90 Litern Inhalt 9,45 Euro, je abgeführtem Container mit 1100 Liter Inhalt 115 Euro und je zusätzlich abgeführtem Abfallsack mit 90 Liter Inhalt 9,45 Euro. Säcke für Biomüllabfälle können am Gemeindeamt abgeholt werden (10 Euro für 26 Stück).

Diese Tarife sind seit 1. Jänner 2006 gültig und wurden seitdem nicht erhöht. Ein vierwöchiges Abfuhrintervall ist für Hausabfälle vorgesehen. Sperrige Abfälle können zu den bekannten Öffnungszeiten (werden von der Marktgemeinde ausgesandt) bei der Altstoffsammelinsel Klam abgegeben werden.

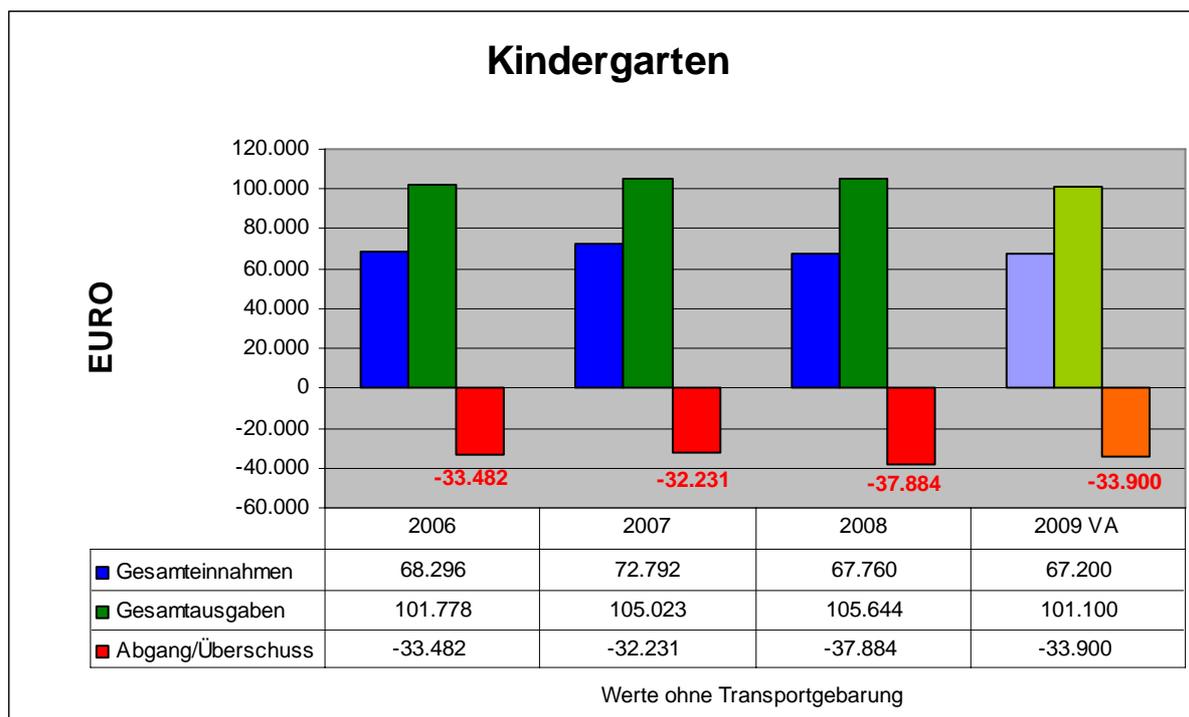
Die beim Bauhof untergebrachte Sammelinsel ist jeden zweiten Freitag von 13.00 bis 16:00 Uhr geöffnet. Ein Gemeindearbeiter nimmt die Abfälle entgegen. Die Personalkosten von 2.500 Euro werden vom BAV Perg quartalsmäßig rückvergütet.

Um (allenfalls erforderliche) zu starke Gebührenerhöhungen für die Zukunft abzufedern, schlagen wir vor, in die Abfallgebührenordnung eine zumindest dem Verbraucherpreisindex angepasste Erhöhung aufzunehmen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass nach dem im August 2009 in Kraft getretenen Oö. Abfallwirtschaftsgesetz keine gesonderte Gebühr für die Biotonnenabfuhr mehr zulässig ist. Gem. § 18 Abs. 6 Oö. Abfallwirtschaftsgesetz 2009 – Oö. AWG 2009 – ist künftig ein Pauschalbetrag festzusetzen, in dem die Kosten der Abholung der Hausabfälle, Biotonnenabfälle, Grünabfälle und sperrigen Abfälle etc. inkludiert sind.

Die bestehende Abfallgebührenordnung ist nach den Übergangsbestimmungen bis spätestens 01.01.2011 anzupassen.

Kindergarten



Der seit dem Kindergartenjahr 2009/2010 dreigruppig geführte Kindergarten in Klam wird von der Marktgemeinde geführt. Es werden zwei allgemeine und seit Herbst 2009 eine alterserweiterte Gruppe geführt. Die Marktgemeinde leistete in den vergangenen drei Jahren Abgangsdeckungen von durchschnittlich 34.500 Euro (gesamt rd. 103.600 Euro). Die Abgangsdeckung im Jahr 2008 erreichte einen Betrag von 37.900 Euro. Dies bedeutet, dass die Marktgemeinde im Jahr 2008 bei einem Besuch von durchschnittlich 27 Kindern pro Kind einen Betrag von rd. 1.400 Euro zuschießen musste. Im Bezirksvergleich in dieser Zuschusswert nicht überhöht anzusehen. Die Personalkosten sind im Zeitraum von 2006 bis 2008 im Durchschnitt mit rd. 97.700 Euro annähernd gleich geblieben. Der Elternbeitrag betrug im Jahr 2008 durchschnittlich 640 Euro (= mtl. 58,40 Euro).

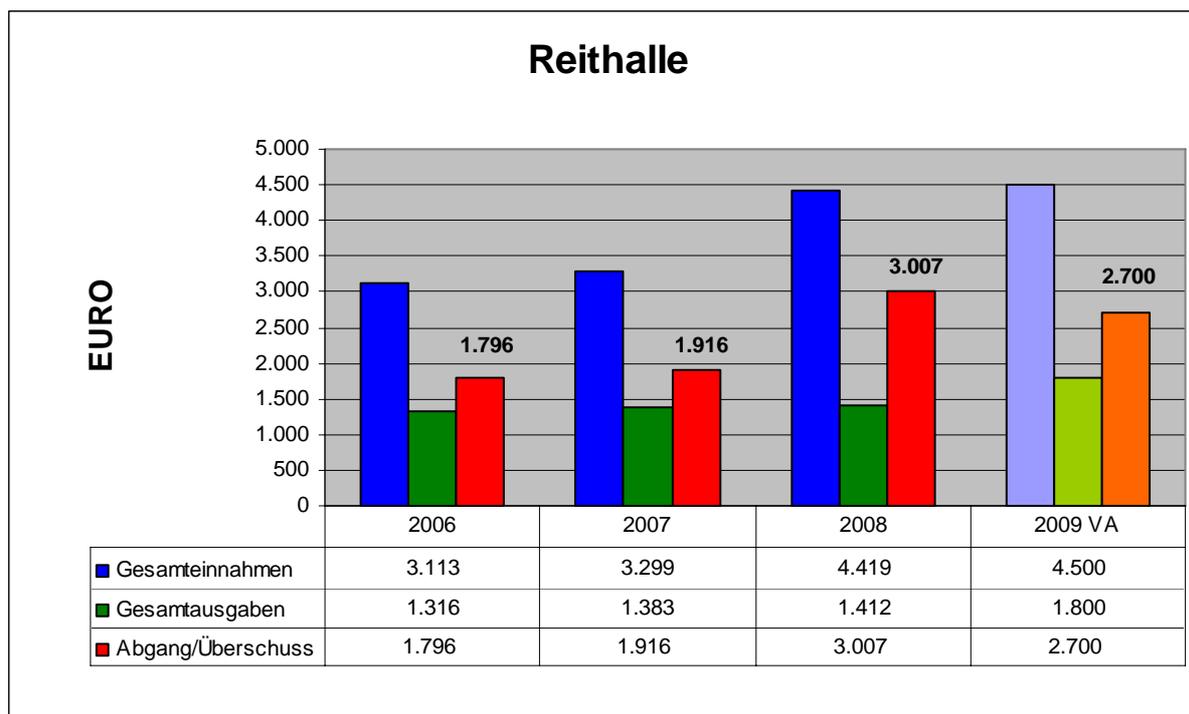
Beim Transport der Kindergartenkinder beträgt der von der Marktgemeinde zu bedeckende Abgang unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse und exklusive der Kosten für die Begleitperson im Schnitt der vergangenen Jahre rd. 5.900 Euro. Für 2008 war aufgrund einer Nachverrechnung ein Überschuss von rd. 350 Euro gegeben.

Der geforderte Mindestbeitrag für die Begleitperson beim Kindergartentransport von 8 Euro je Kind wird für den zehnmonatigen Betrieb eingehoben.

Im Zuge der Einführung des Gratiskinder Gartens ab Herbst 2009 hat die Marktgemeinde eine zusätzliche dritte Gruppe eingerichtet. Lt. Nachtragsvoranschlag 2009 bzw. Proberechnungsabschluss 2009 wird sich aufgrund des zusätzlichen Bedarfs der Abgang um rd. 15.500 Euro erhöhen.

Die Elternbeiträge für den Kindergartenkindertransport sind in der Buchhaltung künftig gesondert darzustellen und nicht wie bisher, zusammen mit den Leistungserlösen aus Elternbeiträgen zu verbuchen.

Reithalle



Die Reithalle ist an den Verein "Burg Clam" verpachtet. Das Pachtverhältnis wurde am 01.01.1992 auf die Dauer von 30 Jahren abgeschlossen. Die jährliche Miete beträgt 4.360 Euro, wertgesichert auf der Basis des "Indexes für land- und forstwirtschaftliche Betriebseinnahmen".

Der Verein betreut die Anlagen (Großreparaturen gehen zu Lasten der Gemeinde), dafür kann sich der Pächter die Einnahmen behalten.

Bis Ende 2002 waren die Hauptausgaben die Annuitäten für ein Darlehen, sodass bis dahin immer Soll-Abgänge ausgewiesen waren.

Ab dem Finanzjahr 2004 zeigten sich dann in den Rechnungsabschlüssen jeweils positive Ergebnisse. Durchschnittlich betrug der Überschuss im Beobachtungszeitraum rd. 2.200 Euro. Auch für das Jahr 2009 wird wieder mit einem positiven Abschluss gerechnet.

Friedhofsverwaltung

Die Marktgemeinde hat die Verwaltung des Friedhofes im Jahre 2000 von der Pfarre Klam übernommen.

Die Benützungsgebühr für die Aufbahrungshalle beträgt 25 Euro, womit die Betriebs- und Instandhaltungsaufwendungen abgedeckt werden können.

Die Friedhofsgebühr beträgt je nach Art des Grabes zwischen 10 und 25 Euro und wird für 10 Jahre im Voraus eingehoben.

Im Jahr 2007 sind im Rechnungsabschluss 2007 an Einnahmen 16.200 Euro und an Ausgaben rd. 660 Euro verbucht. Der hohe Überschuss von rd. 15.500 Euro wird durch die Einhebung der zehnjährigen Friedhofsgebühr begründet. Davon wurden rd. 15.800 Euro dem außerordentlichen Vorhaben "Friedhofsanierung" zugeführt.

Im Jahr 2007 wurde bei Einnahmen von 100 Euro und bei Ausgaben von rd. 3.900 Euro ein Abgang in der Höhe von rd. 3.800 Euro erzielt. Der Abgang reduzierte sich im Finanzjahr 2008 auf rd. 2.900 Euro (Einnahmen: 550 Euro, Ausgaben 2.450 Euro).

Ausgegliederte Unternehmungen

KG

Der Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Klam hat mit der Marktgemeinde Klam mit Gesellschaftsvertrag vom 26. April 2006 (aufsichtsbehördlich genehmigt am 08. Mai 2006) die Firma "Verein zur Förderung der Infrastruktur der Marktgemeinde Klam & CO KG" gegründet. Die Firmenbucheintragung erfolgte am 2. August 2006. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung und die Verwertung von Liegenschaften, Gebäuden und sonstigen Bauwerken zum Zwecke einer geordneten Infrastrukturentwicklung der Marktgemeinde Klam. Das Vorhaben "Sanierung Gemeindeamt" wurde bereits von der KG abgewickelt. Im Jahr 2008 wurde mit der Sanierung des Feuerwehrhauses begonnen, das ebenfalls über die KG abgewickelt wird (derzeit nur Planungsarbeiten). Die Geld- und Zahlungsflüsse zwischen Gemeinde und KG wurden ordnungsgemäß vollzogen.

Gemeindevertretung

Prüfungsausschuss

Überprüft wurden die Sitzungsprotokolle beginnend mit 2006 bis Ende 2008. Der Prüfungsausschuss (PA) ist in diesem Zeitraum seinem gesetzlichen Prüfungsauftrag mit jährlich fünf Prüfungen nachgekommen.

Die Prüfung anhand des Rechnungsabschlusses wird am gleichen Tag wie die erste quartalsmäßige Gebarungsprüfung abgehalten. Für diese Prüfung konnten gesonderte Einladungen und Niederschriften vorgelegt werden.

Es wurde der Eindruck gewonnen, dass die Prüftätigkeit des PA intensiv war. Auch sind die Prüfungsgebiete sehr abwechselnd geprüft worden.

Der PA hat über das Ergebnis der Prüfung dem Gemeinderat jeweils einen schriftlichen, mit den entsprechenden Anträgen versehenen Bericht zu erstatten. Es wurden allerdings nur Verhandlungsschriften abgefasst, in welchen keine Beschlüsse (Art und Ergebnis der Abstimmung) ersichtlich sind.

Die Bestimmungen der Geschäftsordnung für Prüfungsausschüsse für den Bericht sind zu beachten und entsprechend zu dokumentieren.

Gemeindevorstand

Aufgrund des Ersuchens einer Partei, die offenen Gebühren und Betriebskosten in Monatsraten zu begleichen, wurde vom Gemeindevorstand eine Teilzahlungsvereinbarung beschlossen. Auf Stundungszinsen wurde verzichtet.

Die Bestimmung des § 159 Abs. 2 Oö. Landesabgabenordnung 1996 hinsichtlich der Verschreibung von Stundungszinsen ist umzusetzen.

Sitzungsgelder

Eine Sitzungsgeldverordnung wurde vom Gemeinderat im Juli 1998 beschlossen. Das Sitzungsgeld beträgt für Sitzungen des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und für Sit-

zungen der Ausschüsse inklusive ihrer Obmänner jeweils 2,0 % des Bezuges des Bürgermeisters. Ausbezahlt wird das Sitzungsgeld jeweils halbjährlich bis spätestens 30. des darauffolgenden Monats.

Im Jahr 2008 wurden für die Sitzungsgelder insgesamt rd. 2.760 Euro aufgewendet.

Im Hinblick auf die möglichen Höchstgrenzen kann der Marktgemeinde ein sparsamer Umgang mit Aufwandsentschädigungen für Mandatäre bescheinigt werden.

Verfügun gsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters sind in den letzten 3 Jahren unter der möglichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 v. T. der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht worden. Der vorgegebene Höchststrahmen wurde im gesamten Zeitraum (2006 bis 2008) durchschnittlich zu 24 % in Anspruch genommen.

Die jährliche Inanspruchnahme war wie folgt:

	2006	2007	2008
Verfügun gsmittel			
Voranschlag	2.000	2.000	2.000
getätigte Ausgaben in Euro	2.331	914	1.106
mögliche Höchstgrenze	3.890	4.316	4.337
% des möglich. Rahmens	60	21	26
Repräsentationsmittel			
Voranschlag	1.000	1.000	1.000
getätigte Ausgaben in Euro	359	193	182
mögliche Höchstgrenze	1.945	2.158	2.168
% des möglich. Rahmens	19	9	8

Dem Bürgermeister kann im Bereich der Ausgaben für Verfügungs- bzw. Repräsentationsmittel Sparsamkeit bescheinigt werden.

Weitere wesentliche Feststellungen

Vermietungen

Im Amtsgebäude befinden sich zwei gemeindeeigene Wohnungen bzw. eine Mansardenwohnung. Im Volksschulgebäude wird eine Garconniere vermietet. Bis Ende 2008 war in der Volksschule eine weitere Wohnung bewohnt. Diese wurde ab dem Jahr 2009 nicht mehr vermietet, da die Räume für die dritte Kindergartengruppe ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 benötigt wurden. Die Wohnungen werden in den Buchungs-Unterabschnitten der Hauptverwaltung (010) und des Kindergartens (211) verrechnet.

Insgesamt erlöste die Marktgemeinde im Jahr 2008 rd. 8.800 Euro an Mieteinnahmen.

Sämtliche Mietverträge sind wertgesichert abgeschlossen. Ein Verwaltungskostenbeitrag wird nicht eingehoben.

Ab der nächsten Betriebskostenabrechnung ist ein Verwaltungskostenbeitrag vorzuschreiben.

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es eine freiwillige Feuerwehr.

Die Ausgaben im ordentlichen Haushalt beliefen sich im Jahre 2008 auf insgesamt rd. 12.400 Euro. Es wurden keine Einnahmen verbucht, sodass der Zuschuss 12.400 Euro entspricht.

Entgeltpflichtige Einsätze werden von der Marktgemeinde verrechnet.

	2006	2007	2008	2009 VA
lfd. Aufwand	13.720	12.760	12.370	12.700
Ausgaben/Einwohner (in Euro)	17,40	16,20	15,70	16,10

Bei den Ausgaben pro Einwohner ist der Bezirksdurchschnitt von dzt. rd. 12 Euro anzustreben.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Im Finanzjahr 2008 wurden Wirtschaftsförderungen in Form von "Kommunalsteuerermäßigungen" in Höhe von insgesamt 2.861,45 gewährt. Diese Förderung betrifft Betriebe, die im Regionalen Wirtschaftsverband Machland im Gemeindegebiet von Arbing angesiedelt sind (50 % der Kommunalsteuer auf 3 Jahre bei Schaffung neuer Arbeitsplätze lt. den vom Regionalen Wirtschaftsverband Machland in der Mitgliederversammlung am 18.01.2005 beschlossenen Richtlinien).

Bei den sonstigen Förderungen wurde mit 13,87 Euro je Einwohner der im Erlass des Amtes der Oö. Landesregierung vom 10. November 2005, Gem-310001/1159-2005-Se/Dr, vorgegebene Rahmen nicht überschritten.

Steuer- und Gebührenrückstände, Abgaben

Lt. Rechnungsabschluss 2008 waren an Steuern und Gebühren Rückstände in Höhe von 44.383,16 Euro aushaftend. 2.156,22 Euro waren mit Datum der Gebarungsprüfung beglichen. Für Abfallgebühren, Anschluss- und Benützungsgebühren bei Wasser und Kanal (8.671 Euro), die zwei Schuldner betreffen, laufen bereits Exekutionsverfahren.

Der Großteil an Steuerrückständen betrifft die Lustbarkeitsabgabe. Der Veranstalter der Klam-Konzerte ist mit 33.555,94 Euro bei der Marktgemeinde im Rückstand. In einem Schreiben vom Mai 2009 beantragte der Veranstalter den Erlass der vorgeschriebenen Lustbarkeitsabgabe für das Jahr 2008. Die Marktgemeinde ersuchte die Aufsichtsbehörde um Mitteilung, inwieweit dem Ansuchen entsprochen werden kann. Die Absetzung der vorgeschriebenen Steuereinnahmen hätte eine Erhöhung des Abganges 2009 zur Folge. Die Direktion Inneres und Kommunales akzeptierte im August 2009 keine generelle Befreiung der Lustbarkeitsabgabe für 2008. Aufgrund der schwierigen finanziellen Situation des Veranstalters wird aber einer Absetzung eines Teilbetrags in der Höhe von 8.200 Euro zugestimmt. Der Gemeindevorstand hat keinen Beschluss der teilweisen Abschreibung gefasst, hingegen liegt eine gerichtliche Bewilligung der Fahrnisexekution über die volle Höhe der Lustbarkeitsabgabe vor.

Hier erkennt man das Bemühen der Marktgemeinde, bei Abgabenrückständen die notwendigen Schritte zu ergreifen.

Für das Jahr 2009 ist die Forderung über die Lustbarkeitsabgabe für die Klam-Konzerte wieder mit einem Betrag von 22.751,89 Euro offen. Die Marktgemeinde hat als ersten Schritt für die Einbringung den erforderlichen Rückstandsausweis zugestellt.

Zu erwähnen ist, dass sich die Marktgemeinde des § 23 Abs. 1 Oö. Lustbarkeitsabgabegesetz bedient. Der Veranstalter hat daher nur 5 v. H. der Roheinnahmen für die Abgabe zu entrichten.

Die Bewertung der Klam-Konzerte als künstlerisch besonders hochstehende Lustbarkeiten sei dahingestellt.

Der Veranstalter der Klam-Konzerte ist mittlerweile mit ca. 56.300 Euro im Rückstand.

Der Marktgemeinde wird daher empfohlen, bei zukünftigen größeren Veranstaltungen vom Abgabepflichtigen eine Sicherheitsleistung gem. § 222 Bundesabgabenordnung 1961 idgF einzuheben.

Hundeabgabe

Der Hebesatz für die Hundeabgabe wurde mit Voranschlag 2009 mit 14,54 Euro und für Wachhunde mit 1,45 Euro festgesetzt.

Gem. § 11 Abs. 2 Oö. Hundehaltegesetz 2002 darf das Höchstausmaß der Hundeabgabe für Wachhunde 20 Euro betragen.

Es wird angeregt, die Hundeabgabe für Wachhunde auf mindestens 10 Euro zu erhöhen.

Außerordentlicher Haushalt

Der außerordentliche Haushalt wies zum Ende des Finanzjahres 2008 im Rechnungsabschluss einen Abgang von 86.610,47 Euro aus. Von insgesamt 13 enthaltenen Vorhaben zeigten vier ein ausgeglichenes Ergebnis und vier einen Überschuss. Bei insgesamt fünf Vorhaben waren Abgänge ersichtlich.

Die Bedeckung der Abgänge ist teilweise durch die in den Finanzierungsplänen vorgesehenen Bedeckungsmittel sicher gestellt. Beim den Vorhaben "Strassenbau-Neu" und "Querungshilfe Aschamühle" sind die Bedeckungen derzeit ungewiss.

Kritisch vermerkt wird, dass beim Vorhaben "Querungshilfe Aschamühle" kein Finanzierungsplan vorgelegt werden konnte.

Lt. Proberechnungsabschluss 2009 wird sich der Abgang im aoH auf 359.435,92 Euro erhöhen. Ursachen dafür sind die massiven Kostenüberschreitungen bei den einzelnen Vorhaben bzw. sind einzelne Projekte noch nicht ausfinanziert. Teilweise konnten die Eigenmittel vom ordentlichen Haushalt nicht erbracht werden.

Bevor neue Vorhaben begonnen werden, ist für die Ausfinanzierung der laufenden Vorhaben zu sorgen.

Es wird auf § 80 Abs. 2 Oö. GemO 1990 hingewiesen, wonach Vorhaben nur insoweit begonnen und fortgeführt werden dürfen, als die dafür im laufenden Haushaltsjahr vorgesehenen Einnahmen vorhanden oder rechtlich und tatsächlich gesichert sind.

Sanierung des Gemeindeamtshauses

Das gesamte Projekt wird im Rahmen eines KG-Modells abgewickelt.

Den Kosten in den Jahren 2006 bis 2008 in Höhe von 314.585,00 Euro stehen Einnahmen in derselben Höhe gegenüber. Die Kosten für die anzuschaffenden Mobilien sind von der Marktgemeinde zu tragen. An Bedarfszuweisungen sind für das Jahr 2009 noch 168.750 vorgesehen. Dieses Vorhaben kann unter dem genehmigten Kostenrahmen abgerechnet werden.

Eine Ausschreibung des Bauvorhabens erfolgte nicht.

Bei der Vergabe von Architektenleistungen sind auf Grundlage des Bundesvergabegesetzes 2006 jedenfalls Ausschreibungen durchzuführen und Vergleichsangebote einzuholen.

Feuerwehrhaussanierung

Auch dieses Vorhaben soll von der KG durchgeführt werden.

Im Rechnungsabschluss 2008 scheint ein Abgang von 11.690,86 Euro auf. Es handelt sich dabei um Planungskosten. Ein genehmigter Finanzierungsplan mit Gesamtkosten von 645.700 Euro liegt auf. Im Zuge der Ausschreibungen und der bereits eingelangten Angebote wurde festgestellt, dass dieser Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann.

Es muss mit einer Kostensteigerung von rd. 75.000 Euro gerechnet werden.

Ein diesbezügliches Schreiben um Überprüfung und Anpassung des Finanzierungsplanes wurde von der Marktgemeinde Anfang Februar 2010 an die IKD gerichtet. Daher erfolgten noch keine Vergaben der Gewerke an die Bestbieter.

Straßenbau Neu

Den Ausgaben von 597.711,91 Euro stehen Einnahmen in Höhe von 488.162,71 Euro gegenüber. Somit ergibt sich Ende des Jahres 2008 ein Abgang in der Höhe von 109.549,20 Euro. Lt. genehmigtem Finanzierungsplan waren für dieses Vorhaben Baukosten von 152.000 Euro vorgesehen. Der Abgang wurde durch die nicht erbrachten Anteilsbeiträge vom ordentlichen Haushalt und die massive Kostenüberschreitung verursacht.

100.000 Euro kann die Marktgemeinde durch ein genehmigtes Darlehen bedecken. Beim Rest ist die Bedeckung ungewiss.

Querungshilfe Aschäumühle

Bei diesem Vorhaben bleibt Ende des Finanzjahres 2008 ein Abgang von 2.606,04 Euro stehen. Ein genehmigter Finanzierungsplan liegt nicht vor. Die Gesamtbaukosten belaufen sich mit Rechnungsabschluss 2009 auf 179.201,18 Euro, wovon 83.040,85 Euro von der Abteilung Straßenbau übernommen wurden. Für die restlichen 96.160,33 Euro wurden Ansuchen um Bedarfszuweisungen bei der IKD und Fördermittel bei der Abteilung Gesamtverkehrsplanung und Öffentlicher Verkehr bzw. der Abteilung Verkehrsrecht gestellt.

Wasserbauvorhaben

Bei den im aoH. abgewickelten Vorhaben der Wasserversorgung handelt es sich um Erweiterungsbauten und Aufschließungen im neuen Siedlungsgebiet Achatzberg und um Hausanschlüsse sowie eine Aufbereitungsanlage.

Insgesamt scheinen bei den vier Vorhaben ("Wasserversorgung - Baulos 3 - Sanierungen", "Hausanschlüsse - WVA", "Wasseraufbereitung – Enteisungsanlage" und "WVA BA 05

Linden", bis zum Rechnungsabschluss 2008 Kosten in der Höhe von 889.810,34 Euro und Einnahmen von 906.599,21 Euro auf.

Das Vorhaben " Wasserversorgung - Baulos 3 - Sanierungen " konnte im Jahr 2008 ausfinanziert werden.

Der Abgang beim Vorhaben " WVA BA 05 Linden " in Höhe von 1.775,61 Euro wird durch Landesförderungen im Jahr 2010 bedeckt.

Die Vorhaben "Hausanschlüsse – Wasserversorgung" (15.644 Euro) und "Wasseraufbereitung" (2.900 Euro) weisen im Rechnungsabschluss 2008 Überschüsse aus.

Vorhaben der Abwasserbeseitigung

Bis zum Ende des Finanzjahres 2008 stehen bei den Vorhaben "ABA-Reinigung 2. Bauabschnitt", "Hausanschlüsse – Kanal" und "ABA BA 03 - Linden" den Gesamtkosten von 2.251.922,85 Euro Einnahmen in Höhe von 2.371.048,24 Euro gegenüber.

Das Vorhaben ABA-Reinigung 2. Bauabschnitt" wurde 2008 ausgeglichen, beim Vorhaben "Hausanschlüsse – Kanal" ergibt sich Ende 2008 ein Überschuss von 47.764,07 Euro. Dieser Überschuss setzt sich aus eingenommenen ROG-Beiträgen zusammen. Das Vorhaben "ABA BA 03 – Linden" schließt Ende 2008 mit einem Fehlbetrag von 28.638,68 Euro ab. Dieser Abgang wird durch Fördermittel des Landes bedeckt. Ein eventueller Rest-Fehlbetrag muss durch ein Darlehen finanziert werden, da die im Finanzierungsplan vorgesehenen Eigenmittel nicht erbracht werden können.

Schlussbemerkung

Die Arbeiten am Marktgemeindeamt werden von den Bediensteten mit großer Sorgfalt wahrgenommen. Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte wurden gerne und umfassend gegeben.

Im Hinblick auf die angespannte Finanzsituation hat die Gemeinde in Zukunft den Gebärungsgrundsätzen – Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit – große Aufmerksamkeit zu schenken. Die außerordentlichen Vorhaben dürfen nur bei gesicherter Finanzierung und unter Beachtung der Folgekosten begonnen und fortgeführt werden.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

In der Schlussbesprechung mit dem Bürgermeister, dem Amtsleiter und den Bediensteten der Marktgemeinde am 26. April 2010, konnte bezüglich der Prüfungsfeststellungen eine übereinstimmende Auffassung erzielt werden.

Perg, am 26. April 2010

Die Prüferin:

Ingrid Holzer

Der Bezirkshauptmann:

Dr. Heinz Steinkellner